

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion **Roten**burg an der Fulda

SPD Fraktion Rotenburg

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Babara Glaser



Änderungsantrag § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dem Antrag „Resolution zur zukünftigen Lerninfrastruktur und Unterkunftsmöglichkeit für die Studierenden des Studienzentrums der Finanzverwaltung und Justiz Rotenburg a. d. Fulda“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die SPD-Fraktion legt folgenden Änderungsantrag vor (Änderungen Kursiv unterstrichen):

„Resolution zur Zollschule für Zoll- und Finanzanwärter sowie zur zukünftigen Lerninfrastruktur und Unterkunftsmöglichkeit für die Studierenden des Studienzentrums der Finanzverwaltung und Justiz Rotenburg a. d. Fulda“

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rotenburg an der Fulda fordert den Magistrat auf, sich dafür einzusetzen, dass die Alheimer-Kaserne zukünftig als Zollschule für Zoll- und Finanzanwärter sowie als Lehr und Unterkunftsmöglichkeit für die Studierenden des Studienzentrums der Finanzverwaltung und Justiz Rotenburg a. d. Fulda genutzt wird.

Erläuterung:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rotenburg erachtet es als selbstverständlich Menschen, die aufgrund von Kriegen sowie politischer oder religiöser Verfolgung fliehen müssen, zu helfen und ihnen Asyl zu gewähren. Diese Auffassung, die auch von den meisten Bürgerinnen und Bürgern in Rotenburg geteilt wird, führte dazu, dass die seit Sommer 2015 in der Alheimer-Kaserne betriebene Erstaufnahmeeinrichtung durch zahlreiche Bürgeraktionen und die Stadtverwaltung aktiv unterstützt wurde. Laut Aussage des hessischen Sozial- und Integrationsministers Stefan Grüttner haben sich aber in den vergangenen Monaten die Zugangszahlen der Flüchtlinge weiter auf niedrigem Niveau verstetigt. Seit Beginn des Jahres 2018 haben rund 2.250 Personen in Hessen (Stand 05.07.18) um Asyl nachgesucht, so dass sich in Folge des niedrigeren Zugangs die Belegung in allen Erstaufnahmeeinrichtungen in Hessen stark reduziert hat. Dies spiegelt auch die aktuelle Belegung der Alheimer-Kaserne wider. Viele der Standorte in Hessen wurden schon aufgegeben, so dass die Gesamtkapazität des Erstaufnahmebereichs in Hessen von 9.440 auf 6480 Plätzen reduziert worden ist.

Das Land Hessen möchte zukünftig den Ausbildungsstandort Rotenburg an der Fulda stärken. Aufgrund der steigenden Anwärterzahlen hat das Land Hessen die Studierenden des Studienzentrums für die Finanzverwaltung und Justiz hier in Rotenburg in zurzeit leerstehenden Liegenschaften des Herz-Kreislauf-Zentrum und Räumen in der BKK-Akademie, im Kreisjugendhof und teilweise in Hotels untergebracht. Die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD Fraktion Rotenburg
Sebastian Münscher
Beethovenstr.42
36199 Rotenburg a.d.Fulda

Telefon 0160/8421096
e-Mail: SPD-Rotenburg-Fulda@gmx.de
Facebook: <https://www.facebook.com/SPD-Rotenburg-an-der-Fulda-235408153221261/>
Internet: SPD-Rotenburg-an-der-Fulda.de

unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten lösen bei den Studierenden Unzufriedenheit aus. Dieses Jahr stellt das Land Hessen insgesamt 700 Anwärter ein, die in Rotenburg an der Fulda ausgebildet werden. Auf Nachfrage der örtlichen Zeitung schließt der hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer eine Nutzung der Alheimer-Kaserne für die Zukunft als Lerninfrastruktur und Unterkunftsmöglichkeit nicht aus (HNA v. 23.02.18).

Eine Nutzung der Alheimer-Kaserne als Studienort mit ausreichenden Unterbringungsmöglichkeiten würde die Lage in Rotenburg für die Studierenden sowie auch die derzeitige Parkplatzsituation innerhalb der Stadt erheblich entspannen. Die geringe Anzahl der derzeit in der Alheimer-Kaserne befindlichen Flüchtlinge könnten auf die verbleibenden Standorte verteilt werden. Weiter könnte dadurch eine dauerhafte Nutzung der ehemaligen Kaserne gesichert werden.

Nach Einschätzung der Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ bietet sich aufgrund der zentralen Lage die Alheimerkaserne auch für eine Zollschule des Bundes an. Die dort vorhandene Schießanlage kann zudem auch die Fortbildung der waffentragenden Beschäftigten der Hauptzollämter und des Zollfahndungsamtes in Hessen genutzt werden. Nach Ansicht des, Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft, Kai Ahlheim ist eine Zusammenarbeit mit dem Hessischen Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz möglich. Nach Ansicht der Stadtverordnetenversammlungen können durch die Zusammenarbeit mit der Zollschule des Bundes und mit dem Hessischen Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz Synergieeffekte optimal genutzt werden

Die Stadtverordnetenversammlung favorisiert deshalb die Umnutzung der vom Land Hessen angemieteten Alheimer-Kaserne **als Zollschule für Zoll- und Finanzanwärter sowie als** Studien- und Unterkunftsmöglichkeit für die Studierenden des Landes Hessen. Deshalb wird der Magistrat beauftragt zum einen zusammen mit dem Land Hessen, zu prüfen, inwiefern die Alheimer-Kaserne als Lerninfrastruktur- und Unterkunftsmöglichkeit für die Studierenden des Landes Hessen für die Finanzverwaltung und Justiz in Betracht kommen kann.

Begründung des Antrags:

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung Rotenburg a. d. Fulda beschließt die o.a. Resolution, die an den folgenden Adressatenkreis gerichtet ist:

Die Resolution ist an folgenden Adressatenkreis zu richten und kann bei Bedarf erweitert werden:

Adressatenkreis:

An den
hessischen Ministerpräsidenten, Herrn Volker Bouffier,

An den
hessischen Minister des Innern und für Sport, Herrn Peter Beuth,

An den
hessischen Sozial- und Integrationsminister, Stefan Grüttner,

An den
hessischen Minister für Finanzen, Herrn Dr. Thomas Schäfer,

An den
Vorsitzenden der CDU-Fraktion im hessischen Landtag, Herrn Michael Boddenberg, MdL,

An den
Vorsitzenden der SPD-Fraktion im hessischen Landtag, Herrn Thorsten Schäfer-Gümbel MdL,

An den
Vorsitzenden von Bündnis 90 / die Grünen -Fraktion im hessischen Landtag, Herrn Mathias Wagner, MdL,

An die
Vorsitzende der Linken-Fraktion im hessischen Landtag, Frau Janine Wissler, MdL,

An den
Vorsitzenden der FDP-Fraktion im hessischen Landtag, Herrn René Rock, MdL,

An den
Rektor der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege Rotenburg a. d. Fulda o.V.i.A.

An den
Bundestagsabgeordneten des WK 140, Herrn Michael Roth

An die
Präsidentin der Generalzolldirektion in Bonn, Frau Colette Hercher

An den
hessischen Bezirksvorsitzenden der Deutschen Zoll und Finanzgewerkschaft, Herrn Kai Ahlheim

Mit besten Grüßen



Sebastian Münscher
Fraktionsvorsitzender